

Am 17. Juli hat die SPD ihren Zukunftsplan »Das moderne Deutschland« vorgestellt. Prädikat: mutlos und zu kurz gesprungen. *»Wie zukunftsfähig ist unser Land, wenn nur 4,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) als Messgröße der Wirtschaftskraft unseres Landes in Bildung investiert werden und damit weniger als im Durchschnitt der OECD-Staaten? Wie zukunftsfähig ist unser Land, wenn (...) wir insbesondere im Bereich Infrastruktur seit Jahren von der Substanz leben? Wie gerecht ist unser Land, wenn (...) es in vielen Wachstumsregionen zunehmend schwerer geworden ist, bezahlbaren Wohnraum zu finden?«*

Mit solchen – richtigen – Fragen beginnt der »Zukunftsplan« der SPD. Doch: die richtigen Antworten gibt die SPD nicht. 30 Milliarden Euro sollen laut SPD vom Bund in der kommenden Wahlperiode in schnelle Glasfaserverbindungen, die Energiewende, die Erhöhung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung, Schienen und Straßen, in Institutionen wie Kitas, Schulen, Hochschulen, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen investiert werden. »In der kommenden Wahlperiode« – das heißt: Im Schnitt knapp **acht Milliarden Euro pro Jahr**. Das ist höchstens ein Tropfen auf den heißen Stein. Zwar werden vage auch zusätzliche Ausgaben in den Ländern und Kommunen angekündigt. Wie sie finanziert werden sollen, wird aber nicht gesagt.

Der »Zukunftsplan« zitiert die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW): Diese schätzt aber den Investitionsstau allein im Bildungsbereich auf 34 Milliarden Euro – mehr als die SPD insgesamt an Investitionen in vier Jahren vorgesehen hat. Eine Studie im Auftrag der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) kommt zu dem Schluss, dass im Bildungsbereich Mehrausgaben von knapp 58 Milliarden Euro nötig wären – im Jahr. Die SPD plant im Bildungsbereich 12 Milliarden Euro (in vier Jahren) auszugeben.

Die KfW berechnet den Investitionsstau bei den Kommunen auf 136 Milliarden Euro – ohne die notwendigen Aufstockungen beim Personal. Der »Zukunftsplan« kratzt also höchstens an der Oberfläche des Investitionsstaus. Wer nur 8 Milliarden

Der »Zukunftsplan« von Martin Schulz?

Noch ein Gerechtigkeits-Placebo!

Euro im Jahr zusätzlich investieren will, wird nichts richtig ausfinanzieren. Gute Bildung, ordentliche Krankenhäuser, ausreichend sozialer Wohnungsbau, schnelle und flächendeckende Glasfaserverbindungen und intakte Straßen, Brücken und Schienen wird es so nicht geben – schon gar nicht gleichzeitig. Auch andere – richtige – Forderungen der SPD wie die Abschaffung der Kitabeiträge bleiben angesichts der ungeklärten Finanzen wohl ein leeres Wahlversprechen. Neu ist das nicht: Schon im letzten SPD-Wahlprogramm standen sozialdemokratische Projekte, wie eine Regulierung von Managergehältern, das Rückkehrrecht in Vollzeit und eine flächendeckende Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen, die nicht umgesetzt wurden.

Ohne zusätzliche Einnahmen zu organisieren, ist das Reden über Investitionen billig – und hohl. Entweder: Die Ausgaben sind nicht geplant, dann ist der Investitionsplan kein wirklicher »Zukunftsplan«. Er bleibt »Schönwetterpolitik«, da er von den konjunkturbedingten Überschüssen abhängig ist. Oder: Die Ausgaben sollen aus anderen Quellen kommen, schlimmstenfalls aus Sozialleistungen – und das bedeutet Kürzungen. So zeigt auch der »Zukunftsplan« der SPD: **Wer nicht den Mut hat, sich mit Reichen und Vermögenden anzulegen, kann nur so tun, als ob er die Herausforderungen der Zukunft angeht und mehr Gerechtigkeit schafft.**

DIE LINKE weiß, dass ein zukunftsfestes und soziales Land ausreichend Investitionen braucht. Wir wollen daher **100 Milliarden Euro jährlich** u.a. in Bildung, Krankenhäuser, sozialen Wohnungsbau, Barrierefreiheit stecken. **Zusätzlich** wollen wir **20 Milliarden Euro** in die Energiewende (10 Milliarden) und die Digitalisierung (10 Milliarden) investieren. Unser Konzept ist durchgerechnet: DIE LINKE hat ein Steuerkonzept vorgelegt, dass den enormen Reichtum von Vermögenden und Unternehmen in die nötigen öffentlichen Investitionen lenkt. Allein die Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Millionärssteuer bringt mindestens 80 Milliarden Euro zusätzliche Einnahmen. Und: Die öffentlichen Investitionen führen – auch wegen der etwa 2 Millionen Arbeitsplätze, die dadurch entstehen – zu

staatlichen Mehreinnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen, die diese Ausgaben mindestens zur Hälfte refinanzieren.

DIE LINKE will in die Zukunft investieren. Jedes Jahr werden wir:

- 58,2 Milliarden Euro für Bildung bereitstellen. Mehr als die Hälfte davon wird für mehr Personal ausgegeben – und für bessere Bezahlung (34 Milliarden).
- Wir fördern den Ausbau von Kitas, so dass es ein flächendeckendes, gebührenfreies Angebot für alle Kinder gibt.
- Wir sanieren marode Gebäude – Schulen, Hochschulen, Kitas. (7,6 Milliarden)
- 6 Milliarden stecken wir in Investitionen in Krankenhäuser, Pflege-WGs, ambulante Versorgung im ländlichen Raum, in nichtkommerzielle Pharmaforschung. 100 000 zusätzliche Pflegekräfte in den Krankenhäusern finanzieren wir aus unserer Solidarischen Gesundheitsversicherung.
- Wir schaffen bezahlbare Wohnungen – mindestens 250 000 im Jahr; (5 Milliarden vom Bund und 5 Milliarden aus den Ländern) und wir legen ein Förderprogramm für sozial gerechte Modernisierungen auf.
- Wir verbessern die Ausstattung des öffentlichen Nahverkehrs und führen ein Sozialticket ein (7,6 Milliarden).
- Wir werden die Kommunen entlasten und sie bei der öffentlichen Daseinsvorsorge stärken (15 Milliarden).
- Wir sorgen dafür, dass überall Internet mit Breitbandanschluss verfügbar ist (10 Milliarden).
- Wir investieren in eine wirkliche Energiewende und bezahlbaren Strom (10 Milliarden).
- Wir schaffen Sprachkurse und andere Angebote für Integration und Teilhabe von allen Geflüchteten.
- Gebäude, Haltestellen und Kommunikationsmittel wollen wir barrierefrei machen (1 Milliarde).

Mehr Informationen unter:
www.die-linke.de, kontakt@die-linke.de

DIE LINKE.